



**Neufassung
der Gebührensatzung
zur Friedhofssatzung der Stadt Olsberg
vom 28.03.2006**

Ursprungsfassung:	28.03.2006	
Nachtragssatzungen:		
	Ratsbeschluss am:	23.03.2006
	Veröffentlichung im Amtsblatt:	Nr. 3 v. 10.04.2006
	Inkrafttreten:	11.04.2006

**Neufassung
der Gebührensatzung
zur Friedhofssatzung der Stadt Olsberg
vom 28.03.2006**

Aufgrund des § 4 des Bestattungsgesetzes NRW vom 17.06.2003 (GV NRW S. 313), in der zurzeit gültigen Fassung, § 7 Abs. 1 u. 2 i. V. m. § 41 Abs. 1 Satz 2, Buchstabe f der Gemeindeordnung NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666, SGV NW 2023), in der zurzeit gültigen Fassung, und der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712), in der zurzeit gültigen Fassung, in Verbindung mit § 24 der Friedhofssatzung für die Friedhöfe der Stadt Olsberg vom 28.03.2006 in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Olsberg in seiner Sitzung am 23.03.2006 folgende Gebührensatzung beschlossen:

**§ 1
Gebührensätze**

- (1) Für die Abgabe von Grabflächen und für die Benutzung der Leichenhalle und Friedhofskapelle werden folgende Gebühren erhoben:
- | | |
|---|---------------------|
| a) für ein Reihengrab | 205,00 € |
| b) für ein Doppelwahlgrab | 819,00 € |
| c) für ein Einzelwahlgrab | 409,50 € |
| d) bei Wahlgräbern mit mehr als 2 Grabstellen je Grabstelle für die Benutzung der Leichenhalle und Friedhofskapelle je Beisetzung | 409,50 €
77,00 € |
| f) für kurzfristige Inanspruchnahme der Leichenhalle und Friedhofskapelle je Beisetzung | 51,50 € |
- (2) Mehr als 2 Grabstellen sollen nicht abgegeben werden. Ausnahmen bedürfen der besonderen Genehmigung der Stadt.
- (3) Für die Abgabe von Reihengräbern für Kinder bis zum Alter von 5 Jahren wird keine Gebühr erhoben (Kindergräber). Wird jedoch ein normales Reihen- oder Wahlgrab gewünscht, so ist die jeweils zutreffende Gebühr nach Abs. 1 dieser Gebührensatzung zu zahlen.
- (4) Bei Verlängerungen des Nutzungsrechtes an Wahlgräbern sind die für den Ersterwerb zu zahlenden Gebühren nach Maßgabe der dann geltenden Fassung der Gebührensatzung erneut in voller Höhe zu entrichten.
- (5) Wird ein erworbenes Doppelgrab erst nach Jahren voll belegt, so ist für die sich daraus ergebende Verlängerung der Ruhefrist die Grabstellengebühr in dem Verhältnis nachzuzahlen, als sich diese Frist gegenüber der Ruhefrist gemäß § 19 Abs. 4 der Friedhofssatzung verlängert. Diese Nachgebühr wird fällig bei Vollbelegung des Doppelgrabes.

§ 2

Gebührenpflichtige

Zur Zahlung der Gebühr ist verpflichtet, wer die Amtshandlung selbst oder durch Dritte, deren Handeln ihm zuzurechnen ist, veranlasst hat. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner. Beim Tode des Verpflichteten geht die Gebührenpflicht auf dessen Rechtsnachfolger über.

§ 3

Fälligkeit der Gebühren

- (1) Die Gebühren sind innerhalb der im Gebührenbescheid festgesetzten Frist an die Stadtkasse Olsberg zu entrichten.
- (2) In Härtefällen kann eine Fristverlängerung gewährt werden.

§ 4

Rechtsmittel und Zwangsmaßnahmen

- (1) Die Rechtsmittel gegen Maßnahmen aufgrund dieser Gebührensatzung richten sich nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S. 17) und dem Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen vom 26. März 1960 (GV NW S. 47/SGV NW 303).
- (2) Für Zwangsmaßnahmen aufgrund dieser Gebührensatzung gilt das Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 19. Februar 2003 (GV NRW S. 156) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung vom 29.12.1975 außer Kraft.